

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer  
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148  
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

## Deutschland erwacht!

Ohne Unterlaß haben nationalsozialistische Schreihörner gebrüllt: Deutschland erwache! Wer für diesen Weckruf nicht die gewünschte Geneigtheit zeigte, bei dem wurde mit Faust und Boykottandrohung nachgeholfen, und wer sich entschieden weigerte, nationalsozialistisch zu erwachen, dem wurde ewiger Schlaf mittels langer Messer in Aussicht gestellt. Die faschistische Anmaßung und Röheit hatte längst schon ein kaum noch steigerungsfähiges und ein nicht mehr zu ertragendes Maß erreicht. Ihr Größenwahn ließ die Nazis meinen, sie seien schon die Gebieter über das lebende und tote Inventar Deutschlands. Der 13. März, die Reichspräsidentenwahl, war ihnen bloß noch eine ausdrückliche zahlenmäßige Bestätigung ihrer Herrschaft. Daß die Bestätigung bombensicher sei, hielt der Größenwahn für selbstverständlich. Erklärte doch am 3. März der Westdeutsche Beobachter, am Abend des Wahltages werde „aus Millionen Kehlen durch Deutschland schallen: Hitler ist Reichspräsident!“ Dies sollte nicht ein gewöhnlicher Wechsel in der obersten Staatsstelle sein, sondern ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands, der Welt und der Stratosphäre. Hatte doch der Oberosaf zu Düsseldorf höchst eigenmächtig prophezeit: „Am 13. März wird erstehen ein Reich der Macht und der Herrlichkeit!“

Die Begebenheit, mit der das „Reich der Macht und der Herrlichkeit“ erstehen sollte, ist nun dagewesen. Aber sie hat den Faschisten nicht die von ihnen so bombenmäßig versicherte Macht beschert, sondern ihre Ohnmacht offenbart, ihnen nicht die Herrlichkeit gebracht, sondern einen Katzenjammer, und das Reich selbst ist noch so wie vorher.

Bei der Reichspräsidentenwahl sind von 37,6 Millionen Stimmen auf Hindenburg 18,6, auf Hitler 11,3, auf Thälmann 4,9 und auf Düsterberg 2,5 Millionen entfallen. Somit hat Hindenburg etwa 49,4, Hitler 30, Thälmann 13,4 und Düsterberg 6,8 vH der Stimmen erhalten. Es muß mithin ein zweiter Wahlgang stattfinden, der aber ebenfalls und ganz bestimmt nicht den Sieg der Möchtegern-Macher des Reiches der Macht und der Herrlichkeit bringen wird.

Das Stimmresultat ist in mehr als einer Hinsicht überraschend. Selbst als sehr fachkundig geltende Berechner hatten Hindenburg nicht über 15 Millionen, dem Oberosaf und dem kommunistischen Kandidaten je 1/2 bis 1 1/2 Millionen mehr Stimmen vorausgesagt, als sie erhalten haben. Die beiden letzten Renner um die Präsidentschaft sind mit ihren Stimmzahlen hinter den Voraussagen zurückgeblieben. Zwar haben sich die faschistischen Stimmen nahezu verdoppelt, aber sie sind noch weit, sehr weit hinter dem Punkte, wo man das „Reich der Macht und der Herrlichkeit“ anbrechen lassen kann. In einigen Gebieten, wie in Hessen, Bremen und Mecklenburg, wo Gelegenheit geboten war, die nationalsozialistische Heilkunst am eigenen Leibe zu erleben, hat der 13. März einen Stillstand, ja einen Rückgang der Nazistimmen gebracht.

Darüber sind die kunterbunten Haufen von Militärs, Zungenschlägern, Spießern und Druckpostenanwärtern, die die faschistische Bewegung bilden, höchlichst betrübt. Sie müssen immer noch warten, bis ihnen für die blutigen Dienste die versprochene Ware eingetauscht wird. Noch betrübter dürften freilich die kapitalistischen Haushälter des Faschismus sein. Denn sie hielten ihn für eine goldsichere Anlage, ansonsten sie ja nicht diese Unmasse von Geld für den Unfug eines zugelaufenen Abenteurers gespendet hätten. Unsere Thyssen werden wohl schon dabei sein, auszuknobeln, wie sie diese neueste Fehlleitung von Kapital — wofür sie natürlich ebenfalls den vermaledeiten „Marxismus“ verantwortlich machen werden — ausgleichen. Vielleicht mit einem abermaligen Griff in die Lohntüte? Oder mit einer weiteren Befreiung von den Sozialbeiträgen? Oder mit neuen Steuererleichterungen oder einer staatlichen Subvention? Es wird sehr ratsam sein, die nächsten Winkelzüge unserer Schwerindustriellen scharf zu verfolgen. Sie werden mit allen Schlichen und Pfiffen versuchen, sich ihre beträchtlichen Geldopfer für das „Reich der Macht und der Herrlichkeit“, das ja ihr eigenes sein soll, von anderen heimzahlen zu lassen.

Noch lauter als die Faschisten dürfte die kommunistische Zentrale den Wahlausfall beklagen. Als Fabrikanten von bombensicheren Siegen gibt sie den Nazis in nichts nach. Ein paar Millionen von den von der „sozialfaschistischen Führung verratenen Wählern“ sollten diesmal ganz bestimmt zu „einzigen Arbeiterpartei“ überlaufen. Die Salbe für das moskowitzische Herz hat der 13. März nicht geliefert. Die kommunistischen Stimmen haben sich zwar um 400 000 vermehrt, aber der Zuwachs geht kaum über die Zunahme der Wahlbeteiligung hinaus, in wichtigen industriellen Zentren ist sogar ein Rückgang der KPD-Stimmen eingetreten. Und dies, obwohl eine der wesentlichsten Ursachen der kommunistischen Agitationserfolge, die wirtschaftliche Not, stärker als je sprudelt. Ob dieses argen Mißverhältnisses zwischen Wahlergebnis und Wahlhoffnung werden im Lager Moskaus die Fäuste ver-

zweifeln forsch an die Brust geschlagen. Eine tiefgründige Suche nach den Fehlern ist im Gange. Was dabei herauskommen wird? Alles mögliche, nur nicht die Erkenntnis, daß eine von einer tödlichen Gefahr bedrohte Arbeiterschaft wichtigeres zu tun hat, als sich öde kommunistische Parolen anzuhören.

Wenn auf Hindenburg bedeutend mehr Stimmen entfielen, als die günstigsten Berechnungen ihm zuschrieben, so ist das vor allem dem Bienenfleiß der Eisernen Front und der Tatsache zuzuschreiben, daß die sozialdemokratischen Wähler, man kann sagen einhellig für den jetzigen Reichspräsidenten stimmten. Die Eiserner Front, obwohl noch im Ausbau, hat bei ihrem ersten großen Gefecht mehr gehalten, als füglich von ihr erwartet werden konnte. Für die sozialdemokratische Wählerschaft war die Aufforderung, für den alten Feldmarschall zu stimmen, sicherlich eine sehr schwere Belastungsprobe ihrer Parteitreu und Einsicht. Sie hat sie glänzend bestanden. Was wäre aus den bürgerlichen Haufen in diesem Handgemenge mit dem Faschismus geworden, wenn das millionenköpfige Heer des sozialistischen Fußvolkes nicht gewesen wäre?

Einmal mehr hat die sozialistische Arbeiterschaft die Republik gegen ihre Todfeinde gerettet. Sie hat das schon wiederholt getan; sie hat dafür nie Dank erwartet, nie Dank erhalten. Aber das eine glaubt die sozialistische Arbeiterschaft jetzt doch mindestens erwarten zu müssen, nämlich, daß die Parteien und Amtsstellen, die sich als republikanisch ausgeben, nun endlich einmal

Schluß mit der Nachsicht machen gegenüber dem nationalsozialistischen Unfug.

Der Faschismus hätte längst von Staats und Amts wegen gehindert werden müssen, einen Staat im Staate mit

einem militärischen Apparat aufzuziehen. Seine Missetaten hätten mindestens so geahndet werden müssen, wie die gewöhnlicher Arbeiter. Das ist nicht geschehen. Die beispiellos unverfrorene Anmaßung der Faschisten war die Folge. Sie spielten sich schon als die Herren von Deutschland auf. Sie erdreisteten sich, Gesandte in die Hauptstädte des Auslandes zu schicken, als wenn sie die verfassungsmäßige Regierung wären. Über die faschistischen Gesandten hat man im Auslande laut gelacht und die Regierung, die den Affentanz duldet, still beweint. Man schüttelt den Kopf über eine Regierung, deren erster Minister das Geschreibsel eines hergelaufenen Abenteurers einer ersten Antwort würdigt. Dergleichen hat die Welt noch nicht erlebt. Das Ansehen dieser Regierung und ihres Staates ist dadurch bestimmt nicht gefördert worden. Die Arbeiterschaft, die abermals diesen Staat vor der Zerstörung bewahrt hat, darf wohl erwarten, daß seine amtlichen, juristischen und sonstigen Stellen zum mindesten ihre einfachste republikanische Pflicht erfüllen.

Bei aller Genugtuung über den Wahlausfall wollen wir ein paar einfache Tatsachen nicht vergessen: Der Faschismus hat seit der letzten Reichstagswahl seine Stimmenzahl fast zu verdoppeln vermocht. 30 vH der Wählerschaft hängen ihm an. Er ist heute die stärkste Partei Deutschlands. Er hat zwar sein kreischend verkündetes Ziel nicht erreichen können, aber er ist noch ebenso gefährlich wie je. Deutschland ist zwar erwacht, aber erst in einigen engen Gebieten. Elf Millionen Menschen schwören noch auf den faschistischen Humburg.

Der Hakenkreuzer günstigster Boden ist wirtschaftliches Leichenfeld. Ihre Erfolge ranken sich an dem Elend, der Verzweiflung und der Einsichtslosigkeit der Mittelschichten empor. Die Wirtschaftsnot hat Millionen Kleinbürger, Angestellte und Beamte zu Proleten gemacht, aber nicht zu Proletariern (wie wir sie meinen). Der Faschismus wird weiterwuchern, solange das wirtschaftliche Leichenfeld nicht beseitigt ist. Was sich daraus für die sozialistische Arbeiterschaft ergibt, liegt auf der Hand.

## Wir warnen!

Aus dem neuesten Haushaltsplan der Erwerbslosenversicherung ist zu entnehmen, daß die Ausgaben für das kommende Jahr durch die Beiträge der Unternehmer und Arbeiter gedeckt sind. Damit wäre die Sache anscheinend in bester Ordnung, aber sie hat noch einen großen Haken. Es verbleiben die noch immer wachsenden Ausgaben der Krisen- (Kru) und Wohlfahrtsunterstützung (Wu). Von der einen trug die Reichskasse bislang vier Fünftel der Kosten, während es sich bei der Wu um einen Betrag von 230 Millionen Mark handelt, der in Form von Zuschüssen an die Gemeinden gezahlt wurde. Dieser soll nun auch noch um 50 Millionen Mark gesenkt werden. Da den Ausgaben keine entsprechenden Einnahmen gegenüberstehen, geht also der Staat daran, seine eigenen Etatslöcher zuzustopfen, indem er die der Gemeinden weiter aufreißt. Angesichts der Tatsache, daß die Belastung der Gemeinden für Erwerbslosenausgaben von 100 Millionen Mark im Jahre 1927 auf 1100 Millionen-Mark im Jahre 1931 gestiegen ist, ist es klar, daß man ihnen nicht nur die Zuschüsse in ihrer bisherigen Höhe wird geben müssen, sondern daß diese noch der Erweiterung bedürfen, wenn man ihren nahen Ruin verhüten will.

Da für die Ausgaben der Kru und Wu Deckung geschaffen werden muß, kann man sich denken, was „die Herren da oben“ zu grübeln haben. Wir wundern uns heute auch nicht mehr über die Pläne, die dann ausgebrütet werden. Am meisten wird der Plan einer weiteren Herabsetzung der Alu und Kru auf

die Tiefe der Wu erwogen, und im Zusammenhang damit eine Verschmelzung der drei Fürsorgezweige zu einer Erwerbslosenfürsorge, um dadurch die Verwaltungskosten zu senken. Des weiteren spricht man von der Einschaltung einer Bedürftigkeitsprüfung bei der Alu. Man glaubt also, den Arbeitslosen nicht nur eine weitere Verminderung der Unterstützung zumuten zu können, sondern man gedenkt auch die Alu, die bisher ihren reinen Versicherungscharakter bewahrt hat, durch die Einschaltung der Bedürftigkeitsprüfung faktisch zu erledigen.

Die freien Gewerkschaften haben des öfteren auf Punkte verwiesen, wo gespart werden kann. Wie wäre es, wenn man einmal die „notverordnende Politik“ auf die ehemaligen Fürsten anwendete. Diese Herren erhalten noch immer Millionen. Wenn man ihnen nur annähernd einen Lebensstandard wie den Kriegshinterbliebenen zumuten würde, käme eine schöne Stange Gold heraus.

Die Reichstagsfraktion der SPD und die freien Gewerkschaften haben vor Erlaß der Vierten Notverordnung darauf hingewiesen, daß sie jede Verantwortung dafür ablehnen. Wir warnen so deutlich wie nur möglich, die an sich schon unerträgliche Last, die auf den Schultern der erwerbslosen Bevölkerung ruht, nicht noch weiter zu vergrößern. Jede weitere Belastung der schon überlasteten Arbeiterschaft dürfte dem Faß den Boden ausschlagen. K. S.

## Der Außerordentliche Gewerkschaftskongreß

### Vorschläge für Arbeitsbeschaffung

F. K. Eins ist gewiß: der Verschlimmerung der Wirtschaftskrise und der Zunahme der Arbeitslosigkeit darf nicht mehr tatenlos zugehört werden. Es muß ernstlich versucht werden, das furchtbare Übel zu mildern. Das ist die Meinung der freien Gewerkschaften. Sie sind darum entschlossen, alle Kräfte für die Beschaffung von Arbeit einzusetzen und hierfür praktische Wege zu zeigen. Das erste Ergebnis des Entschlusses der freien Gewerkschaften war eine lebhafte Erörterung der Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung. Dem Worte muß aber unverzüglich die allein entscheidende Tat folgen. Sieben Millionen Arbeitslose erfordern das. Unter ihnen befindet sich fast eine Million, die nicht einmal mehr die Brotkrumen der staatlichen Fürsorge erhalten und in einer Lage sind, die mit Verhungern paßlicher gekennzeichnet ist als mit Vegetieren. Mit den sieben Millionen Erwerbslosen leiden ihre Frauen und Kinder. 25 Millionen deutsche Menschen starren ins entsetzliche Nichts. Sie alle wissen je länger desto weniger, wie sie Leib und Seele zusammenhalten sollen. Sie geraten immer weiter zwischen den Teufel und die tiefe See. Auf dem Pontius-Pilatus-Weg nach Brot könnte ihnen der letzte Rest des Glaubens an die Menschen oder ihr Verständnis für die Not der Mitmenschen verloren gehen.

Gegen diesen himmelschreienden Zustand haben es die freien Gewerkschaften nicht an Warnungen vor den Folgen noch an Vorschlägen für die Milderung der Not fehlen lassen. Nennenswerter Erfolg war dieser Bemühung nicht beschieden. Die hierfür in Betracht kommenden Stellen, insbesondere die Reichsregierung, wußte nichts Besseres gegen die Arbeitslosigkeit als notverordnende Verordnungen und Schiedssprüche. Wenn aber 15 000 Großgrundbesitzer von der Bedrohung ihres Standes schreien, werden ihnen neue Zölle und Vergünstigungen, kurz Geldhilfe in Fülle prompt gewährt. Wenn Banken verkrachen, springt ihnen der Staat mit Hunderten von Millionen Stützungsgeld prompt bei. Wenn gar die millionenschweren Großindustriellen von

#### Aus dem Inhalt

Deutschland erwacht! — Wir warnen! — Der Außerordentliche Gewerkschaftskongreß	73
8,3 Millionen Arbeitslose in Nordamerika —	74
Mehr Familien-Kameradschaft — Stahlbad Anno 17 —	75
Die Arbeitslosen und die Bürokratie — Ein nobler Kräuter	76
Das untaugliche Schwundgeld	77
Arbeitsloseneleid in Ungarn — Hochbetrieb der blutigen Internationals	78

ungenügender Rente zu krächzen beginnen, dann wird prompt versucht, die Krächzmaschine mit frischen Zöllen, Subventionen und Lohnraub still zu machen.

Was die Grundbesitzer, Finanziers und Industriellen, das ist heute die verkörperte geschäftliche Unfähigkeit, an geldlichen und sonstigen Unterstützungen erhält, muß irgendwer aufbringen. Und der Irgendwer ist die breite Masse der Lohnarbeiter und Verbraucher. Um deren Nöte aber kümmern sich die hohen Obrigkeiten nicht, jedenfalls haben sie bislang nichts Fühlbares für die unteren Schichten getan, gegen sie aber sehr viel. Die Obrigkeiten scheinen es ganz in der Ordnung zu halten, daß die unteren Schichten die ganze kapitalistische Gesellschaft mit ihrem Wust von Rentenschluckern, Bankrotteuren, Vielfraßen, Nichtstuern, Windmähern und Ballonmützen wortlos weiterschleppen. Das dürfte ein Irrtum sein, und kein kleiner.

Die freien Gewerkschaften sind bestimmt nicht mehr gewillt, der Verelendung der Arbeiterschaft tatenlos zuzusehen. Sie sind entschlossen, alles für einen Wandel zum Besseren einzusetzen. Zunächst und besonders für die Beschaffung von Arbeit und Brot. Hierüber besteht in den freien Gewerkschaften nur eine Meinung. Nur über die beste, die verheißungsvollste Art des Einschreitens gegen die Arbeitslosigkeit gehen die Ansichten noch auseinander. In dieser Sache wird der Außerordentliche Gewerkschaftskongreß, der am 23. März zu Berlin tagt, zu befinden haben.

Im Verlaufe der wochenlangen Erörterung der Art des Einschreitens haben sich immerhin die Ansichten bis zu einem gewissen Grad verdichtet. Man hält dafür, daß das Reich öffentliche Arbeiten sofort in einem Ausmaße anzunehmen hat, daß eine Million Leute ein Jahr Beschäftigung erhalten. Hierfür werden nur solche Arbeiten als geeignet angesehen, die den größtmöglichen Lohnanteil in sich schließen, nämlich Straßenbau und -ausbesserung, dann Boden- und Flußverbesserungen und Bahnbau und schließlich Wohnungsbau. Letzterer indes mit der Maßgabe, daß die Hälfte der Mittel von der öffentlichen Hand, die andere Hälfte von dem Bauherrn und Unternehmer zu tragen ist. Die Kosten für die hier vorgeschlagenen Arbeiten und Ausmaße werden auf 2 Milliarden Mark veranschlagt. Sie sollen aufgebracht werden teilweise von der durch die Beschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstützung und der von ihnen eingehenden Steuern und Beiträge für die Arbeitslosenversicherung. Man berechnet, daß durch die Wiederbeschäftigung von einer Million Reich, Länder und Gemeinden an die 600 Millionen Mark im Jahr ersparen, daß überdies von den Neubeschäftigten an Steuern und Arbeitslosenversicherungsbeiträgen an die 300 Millionen Mark eingehen. Demnach wären von den genannten 2 Milliarden Mark noch 1,1 Milliarden aufzubringen. Für die Aufbringung dieser Summe werden eine Kommunalanleihe und eine allgemeine Arbeitsbeschaffungsanleihe zu je 600 Millionen Mark vorgeschlagen. Für die einheitliche Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms soll eine Zentralstelle gebildet werden, der die gesamten Mittel für diese Sache zufließen und die sie verwalten und verteilen soll. An allen Arbeiten soll der übliche Tariflohn entrichtet und die 40-stündige Arbeitswoche angewendet werden.

Das sind, wie wir glauben, die wesentlichen Gedanken, die der Erörterung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms entsprossen. In welcher Form sie vor den Gewerkschaftskongreß gelangen, wird abzuwarten sein. Immerhin können sie für die Besprechung dieser Sache gute Dienste leisten.

Nach diesem Plan soll also für eine Million Erwerbsloser auf ein Jahr Beschäftigung geschafft werden. Man wird sagen, daß dies nur dem Tropfen auf dem heißen Stein gleichkomme angesichts der Tatsache, daß sieben Millionen nach Beschäftigung und Verdienst rufen, von den unzähligen Kurzarbeitern nicht zu reden. Diesen Einwand konnte man auch in den Kreisen hören, die sich mit dem Plane zu befassen hatten. Wenn ihm dennoch kein größeres Ausmaß gegeben wurde, so mag daran mancher Umstand, besonders aber die Meinungsverschiedenheit schuld sein, die letzters der Furcht vor Inflation entspringt. Diese Furcht tritt bei der Erörterung der Arbeitsbeschaffung immer wieder zutage. Es seien ihr daher einige erläuternde Sätze gewidmet:

Eine Neubeschaffung von Arbeit in fühlbarem Ausmaße heißt beträchtliche Geldmittel. Sie können nur vom Staat oder von der öffentlichen Hand beschafft werden. Dies ist ihm zur Zeit aber weder durch Anleihen im Ausland noch auf dem heimischen Kapitalmarkt möglich, und der Staat oder die Gemeinden sind selbst von Geldmitteln beängstigt arg entblößt. Aber dessen ungeachtet oder gerade deshalb soll dem weiteren Niedergang des Wirtschaftslebens und der Arbeitslosigkeit nicht weiter mit verschränkten Armen zugesehen werden. Die Geldmittel müssen dann eben im Rahmen der gegebenen Finanz- und Kredittechnik zu beschaffen versucht werden, sei es etwa durch die Reichsbank gegen Bürgschaft des Staates, sei es durch Neuausgabe von Noten

Gegen die Kreditbeschaffung durch die Reichsbank oder die Neuausgabe von Noten wendet sich ein Teil des an dem Plane mitwirkenden Kreises. Er befürchtet davon eine Inflation, das ist ein noch größeres Übel, als man mit der Arbeitsbeschaffung zu beseitigen trachtet. Der andere Teil des Kreises dagegen meint, an der Geldbeschaffung dürfe die Arbeitsbeschaffung nicht scheitern. Er ist ebenfalls dafür, daß eine Inflation unbedingt verhütet werden muß, er meint aber, daß die Furcht vor Inflation nach dem Erlebnis vom Jahre 1923 zwar verständlich, aber doch sehr übertrieben sei. Alles käme hier auf die richtige Größenordnung der Arbeitsbeschaffung oder, besser, auf die dafür bedingte Geldmenge an. Würde diese in einer bestimmten Größe gehalten, könne es unmöglich zu einer Inflation kommen. Man ist daher zu den oben skizzierten Vorschlägen (Arbeitsbeschaffung für eine Million Menschen) und dem vorsichtigen Finanzierungsplan gekommen.

Zu den obigen Vorschlägen wäre manches zu sagen, doch das dürfte wohl auf dem Kongreß geschehen. So wollen wir hier nur ein paar Bemerkungen zur Arbeitsbeschaffung im allgemeinen machen. Wir meinen, daß das Gelingen dieser Arbeitsbeschaffung von der Erfüllung zweier Voraussetzungen im wesentlichen abhängt, und zwar von der gesetzlichen Festlegung der

Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden die Woche und von der Unterlassung jeder Lohnkürzung. Bleiben diese beiden Voraussetzungen unerfüllt, wird jede Arbeitsbeschaffung der Gefahr ausgesetzt sein, „Arbeit für den König von Preußen“ zu bleiben.

Durch die Arbeitsbeschaffung soll der Arbeitsmarkt entlastet, die Lage der unteren Schichten gemildert und die Wirtschaft belebt werden, indem mehr Erwerbslose in Stellung und Verdienst gebracht werden und die allgemeine Kaufkraft erhöht wird. Dies setzt jedoch voraus, daß die Kaufkraft nicht anderweitig gedrosselt und der Arbeitsmarkt nicht weiter belastet wird. Wenn aber Lohnkürzungen auch fernerhin verübt werden, so dürfte dadurch mehr an Kaufkraft vernichtet werden, als die Arbeitsbeschaffung hervorzubringen imstande ist. Und wenn den Unternehmern ihre über 40 Stunden hinausgehende Arbeitszeit gestattet bleibt oder wenn sie bei einem Mehr von Aufträgen die Arbeitszeit verlängern können, so wird die Hoffnung auf Entlastung des Arbeitsmarktes in hohem Maße, wenn nicht überhaupt vergeblich sein.

Diese Hinweise sind gewiß nicht neu und ihre Bezeichnung ist nicht zu bestreiten. Sie sollten in jedem Arbeitsbeschaffungsplan ihren Niederschlag finden, besonders aber, wenn, wie hier, es sich um einen ersten Versuch handelt. Sämtliches ja von diesem äußerst viel für die weiteren Versuche abhängt. Soll dieser erste Anlauf gelingen, muß auf die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und auf die Unterlassung jeder Lohnkürzung nachdrücklich gedrungen werden. Und damit ist gleich mit dem Arbeitsbeschaffungsplan zu beginnen.

### 8,3 Millionen Arbeitslose in Nordamerika

#### Die 35stündige Arbeitswoche genügt

In dem Weekly News Service des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes vom 20. Februar lesen wir:

Die schweren Auswirkungen der Erwerbslosigkeit werden schon in den amerikanischen Familien sichtbar. Dort zeigt sich Mangel an Mut und Verantwortungsbewußtsein, Verbitterung und Mißachtung von Gesetz und Religion, Verzweiflung bis zum Diebstahl, Totschlag und Selbstmord. Diese menschliche Katastrophe wird noch lange nach dem Ende des wirtschaftlichen Tiefstandes fühlbar sein.

In Pennsylvania sind 25 vH aller Schulkinder unterernährt, und die Unterernährung nimmt, wie das Gesundheitsamt darlegt, in allen Bezirken zu. Die Berichte über die ansteckenden Krankheiten zeigen deutlich, daß sie sich in Pennsylvania in aufsteigender Linie bewegen. Geistige Zusammenbrüche sind noch zahlreicher. Das Familienleben ist zerstört. An die 10 000 abhängige Kinder wurden in den Jahren 1930/31 im Staate New Jersey aufgenommen, was gegenüber normalen Jahren eine Versiebenundzwanzigfachung der Fälle bedeutet.

Unsere eignen Angaben zeigen, heißt es weiter in der Veröffentlichung des Gewerkschaftsbundes, daß am 1. Januar dieses



Der Eisernen Front erster Schlag

Jahres etwa 8,3 Millionen Leute außer Arbeit waren. Zählt man deren Angehörige und die Leute dazu, die unter Kurzarbeit und schlechten Lohn leiden, dann kann man annehmen, daß heute mehr als 40 Millionen amerikanische Bürger unter dem Mindestsatz für Gesundheit leben.

3 Millionen Familien oder 12 Millionen Menschen benötigen unmittelbare Unterstützung. Aber nur 1 bis 1 1/2 Millionen erhalten Unterstützung von einer öffentlichen oder privaten Stelle, und die wöchentliche Unterstützung beträgt durchschnittlich nur 4 bis 5 Dollar für die fünfköpfige Familie...

Die Wohlfahrtsinstitutionen sind überlastet und geben zu, daß eine genügende Unterstützung unmöglich ist. Die Mehrzahl der Arbeitslosen wird von Verwandten, Freunden und Nachbarn durchgeschleppt, wodurch der Lebensstandard der Armen noch mehr heruntergedrückt wird. Die Stadt Chicago brachte bis zum letzten Oktober 10 Millionen Dollar für die Erwerbslosen auf, das wird bis zum nächsten März aufgebraucht sein. Philadelphia brachte bis zum letzten November 5 Millionen Dollar auf, das wird bis zum Monat Mai aufgebraucht sein...

Der amerikanische Arbeiter verlangt Arbeit, keine Unterstützung. Obwohl die Krise nun zwei Jahre dauert, ist wenig getan worden, Vorkehrungen zu treffen, wodurch Arbeit beschafft werden kann. Verhältnismäßig wenig Firmen haben ihre Arbeitszeit verkürzt. Von 1920 bis 1929 ist eine Million Menschen aus der Produktion durch neue Maschinen und wirksamere Methoden ausgeschaltet worden. Aber die Arbeitszeit ist nicht so weit verkürzt worden, daß diese Million wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden kann.

Wir werden aus der Krise mit stärkerer Arbeitslosigkeit als je herauskommen. Die einzige Möglichkeit aller Beschäftigung zu sichern, ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Obgleich bei uns die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit gegenwärtig 48 bis 49 Stunden beträgt, halten wir dafür, daß, wenn alle die Unbeschäftigten wieder beschäftigt werden sollen, für jeden Mann nur 35 Arbeitsstunden die Woche vorhanden sind. Es ist daher so schnell der Bericht des Gewerkschaftsbundes, eine sehr dringliche Notwendigkeit, die reguläre Arbeitszeit erheblich herabzusetzen.

## Die Arbeiterbank im Krisensturm

Es sind erst einige Tage her, daß die Öffentlichkeit von dem Sanierungswerk der Großbanken durch das Reich überrascht wurde. Das Jahr 1931 hat den deutschen Großbanken Verluste von mehr als 700 Millionen Mark gebracht. Daneben war noch der Einsatz gewaltiger öffentlicher Mittel notwendig. Unter dem Eindruck dieser Wirtschaftstransaktion sondergleichen stand man noch, als die Arbeiterbank ihren Geschäftsbericht der Öffentlichkeit übergab. Die Durchsicht desselben ist äußerst interessant. Wir haben hier das Beispiel einer soliden Geschäftsgebarung. Die Arbeiterbank ist von Abzügen von Auslandsguthaben unberührt geblieben. Natürlich vermochte sie eine Schmälerung des Einlagenbestandes nicht zu vermeiden, sientemalen die Gewerkschaften und die übrigen Einleger der Arbeiterschaft von der Krise ebenfalls hart betroffen sind. Der Einlagenbestand sank von 168 auf 135 Millionen Mark.

Es ist notwendig, einige Sätze aus dem Geschäftsbericht zu zitieren: „Dank der Politik weitgehender Liquidität, die unser Institut von allem Anfang an betrieben hat, war die Mobilisierung ohne Schwierigkeiten möglich, zumal es in der gleichen Zeit gelang, die Außenbestände nicht unwesentlich zu vermindern. Sehr günstig wirkte sich die hohe Liquidität des Instituts an dem kritischen 13. Juli 1931 aus, an dem wir ohne jede Einschränkung alle Wünsche der Einlegerschaft befriedigen konnten... Es war infolgedessen auch ein vergebliches Bemühen der gewerkschaftsfeindlichen Kreise, in Presseveröffentlichungen und in Versammlungen durch Verbreitung falscher Nachrichten Mißtrauen gegen die Arbeiterbank zu wecken... Wir können feststellen, daß im allgemeinen die Abhebungen bei dem Institut lediglich auf echten Geldbedarf, nicht aber auf Vertrauensminderung beruhen.“

Natügemäß war ein Rückgang des Gesamtumsatzes entsprechend den furchtbaren Verhältnissen des verfloßenen Jahres nicht zu vermeiden; der Umsatz beträgt 3,068 Milliarden Mark gegenüber 3,363 Milliarden Mark im Jahre 1930. Die selbständigen Zahlstellen der Bank wurden vermehrt durch Einrichtung solcher in Dortmund und Lübeck, zu denen später noch eine in Leipzig trat. Die Liquidität der Arbeiterbank steht also nach wie vor außer Zweifel. Die von ihr erworbenen Wertpapiere zur Anlage der Spargelder usw. sind vorsichtig bewertet. Sie wurden noch weit unter den amtlichen Bilanzkursen eingesetzt, so daß erst ein Verlust eintreten würde, wenn es noch weit schlimmer käme.

Die Bank der Gewerkschaften weist nur einen offenen Gewinn von 583 000 M. aus. Das Gewinnergebnis ist noch wesentlich günstiger, weil die Leitung des Instituts es für zweckmäßig erachtete, erhebliche Rückstellungen vorzunehmen, damit eine noch weitere innere Stärkung eintreten konnte. Eine Dividende wird nicht verteilt, so daß auch der offene Reingewinn zur Stärkung des Instituts verwandt wird. Die Arbeiterbank hat den schweren Sturm der letzten zehn Monate überstanden, und sie wird auch in Zukunft allen Schwierigkeiten zum Trotz sich günstig zu behaupten vermögen. Das ist eine Leistung, die Anerkennung verdient und wahrscheinlich erst in späterer Zeit richtig gewürdigt wird.

## Die Lohnquetscher vergessen die Preissenkung

Die Vierte Notverordnung hat die Kaufkraft der Arbeitermasse abermals beträchtlich vermindert. Die folgenschwere Auswirkung der Verordnung macht sich jetzt deutlich in der Wirtschaft oder beim Absatz bemerkbar. Die unheimliche Schrumpfung der Kaufkraft hätte paralysiert werden können durch eine im Verhältnis zur Lohnsenkung bewerkstelligte Preissenkung. Das ist, wie jedermann weiß, nicht der Fall. Die Mehrzahl der Fabrikanten und Händler denkt nicht daran, die Preise herunterzusetzen. Hierzu hat ein im Wirtschaftsleben stehender Mann dem Verband der deutschen Waren- und Kaufhäuser drastische Beispiele mitgeteilt, wovon wir drei hier wiedergeben:

„Vor ungefähr einem Jahr wurde vom Metallarbeiterverband ein 10prozentiger Lohnabbau gefordert mit der Motivierung, daß eine Preisermäßigung auf dem Weltmarkt unbedingt notwendig sei, wenn die deutsche Industrie konkurrieren solle. Der Lohnabbau ist erfolgt, aber von einer Preisermäßigung der Fabrikate hat man nichts gemerkt. Die Roth-Büchner-Werke zum Beispiel, die zum Metallarbeiterverband gehören, haben seinerzeit die Preise nicht ermäßigt, obwohl ein mehr als 10prozentiger Lohnabbau vorgenommen wurde. Erst jetzt, nachdem laut Notverordnung ein weiterer 10prozentiger Lohnabbau gefordert worden ist, haben sie gezwungenermaßen ihre Preise gesenkt.“

Schalplatten sind im Ausland, speziell in Amerika, trotz höherer Löhne weit billiger zu haben, als in Deutschland. Es dürfte auch hier nicht angebracht sein, einen 10prozentigen Lohnabbau durchzuführen und trotzdem die Artikel heute noch 40 bis 50 vH teurer zu verkaufen, als das Ausland.

Fleischhackmaschinen sind vor Jahren von der deutschen Industrie zu enorm hohen Preisen verkauft worden. Erst nachdem die Tschechoslowakei mehrere tausend Stück Fleischhackmaschinen auf den deutschen Markt gebracht hat, hat sich die deutsche Industrie endlich dazu bequemt, ihre Preise zu senken. Das ist wieder ein Beweis, wie die Industrie kalkuliert; denn nachdem der deutsche Markt überschwemmt war, nachdem die deutsche Industrie angeblich nichts zu tun hatte und Entlassungen vornehmen mußte, konnten die Preise um 30 vH gesenkt werden. Hätte die deutsche Industrie ihre Preise gleich ermäßigt, wäre eine Überschwemmung des Marktes mit ausländischen Maschinen gar nicht erst erfolgt.“

## Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie

Das Institut für Konjunkturforschung gibt im Wochenbericht Nr. 47 die Ergebnisse der Industrieberichterstattung bekannt. An der Zahl der geleisteten Arbeiterstunden, in vH der Arbeiterstundenkapazität gemessen, ergibt sich für Januar 1932 folgendes Bild:

Produktionsgüter-Industrien . . . 27 vH	
Darunter:	
Kraftstoffe (Bergbau) . . . . .	55 "
Großisen-Industrie . . . . .	31 "
Metallhütten, Walzwerke . . . . .	35 "
Maschinenbau . . . . .	28 "
Elektrotechnik . . . . .	35 "
Fahrzeugbau . . . . .	19 "
Bauwirtschaft . . . . .	10 "
Verbrauchsgüter-Industrien . . . 41 vH	
Darunter:	
Textil-Industrie . . . . .	50 "
Hausrat-Industrie . . . . .	33 "
Kulturbedarfs-Industrie . . . . .	29 "
Nahrungsmittel-Industrie . . . . .	51 "
Genußmittel-Industrie . . . . .	49 "

Lange Erörterungen sind zu diesem Ergebnis nicht notwendig. Sowohl bei den Produktionsgütern als bei den Verbrauchsgütern ist die Beschäftigung von Monat zu Monat geringer geworden. Um wieviel besser könnte die Menschheit leben, wenn die Beschäftigungsmöglichkeiten der Industrie auch nur um die Hälfte des heutigen Standes gebessert werden könnten. Aus obigen Zahlen ist der Bankrott der kapitalistischen Wirtschaftsweise deutlich ersichtlich.



# Familie und Heim



## Josephs Traum - Pharaos Vorteil

In den Tagen, als die Menschen noch an Träume glaubten, hatte der große Pharao eines Nachts einen Alpdruck: er sah sieben fette und sieben magere Kühe. Die sieben mageren aßen die sieben fetten Kühe auf und waren nachdem genau so dünn wie zuvor. Das war sicherlich eine ungewöhnliche Art des Magerbleibens.

Der junge Joseph deutete den Traum so: es werden sieben Jahre der Überfülle und sieben Jahre der Hungersnot kommen. Die Hungersnot wird so schlimm sein, daß sie die Ernten der sieben guten Jahre verschlingen wird. Die Leute waren zu jener Zeit arm aus Mangel, nicht aus ungewöhnlicher Überfülle. Da sagte Pharao: „Was sollen wir dagegen tun?“ Und Joseph hatte einen guten Einfall. Er baute große Scheunen, und während der Jahre der Überfülle häufte er in großen Mengen Korn auf. Als die Hungersnot kam, ging das Volk zu Joseph und bat um Korn. Sie gaben Joseph alles, was sie besaßen, bis sie schließlich nichts anderes mehr fürs Korn zu geben hatten als sich selbst, und sie gaben sich selbst und ihre Frauen und Kinder als Entgelt für das Korn, das sie am Leben erhalten sollte.

Josephs Idee, das Korn für künftige Zeiten aufzuspeichern, war ausgezeichnet. Aber ein Haken war doch dabei. Joseph häufte das Korn für seinen Herrn Pharao und nicht für das Volk auf. Das aufgespeicherte Korn rettete das Leben der werktätigen Menschen, aber es brachte sie gleichzeitig in Sklaverei. Wenn das Korn — erzeugt durch die Arbeit des Volkes — auch das Eigentum des Volkes gewesen wäre, würde es in schlechten Zeiten seine Freiheit behalten haben.

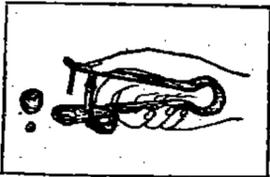
„Ihr könnt nicht ohne Kapital auskommen“, sagt der erstaunte Nichtsozialist, der hat läuten hören, die Sozialisten wollten das Kapital zerstören. „Ihr müßt Kapital für die Zukunft aufspeichern, ihr müßt einen Teil des gegenwärtigen Reichtums für die Erzeugung von zukünftigem Reichtum gebrauchen!“

Aber natürlich müssen wir das! Kein Sozialist träumte je davon, das Kapital abzuschaffen. Im Gegenteil, er ist ja gerade deswegen gegen den Kapitalismus, weil er das Volk verhindert, zu Kapital zu gelangen. Ein Volk, das gestattet, daß sein aufgehäufter Reichtum von Personen monopolisiert wird, ist der Gnade des Kapitalismus ausgeliefert. Solange das Volk seinen eigenen Grund und Boden, seine Bergwerke, seine Fabriken nicht besitzt und sein eigenes Geldwesen nicht beherrscht, hängt es wegen der Befriedigung seiner Lebensnotwendigkeiten von den Zufälligkeiten und Launen derer ab, die den Boden, Bergwerke, Fabriken und die Banken beherrschen, also von den Kapitalisten. Die Güter werden anstatt für den Verbrauch, für den Verkauf erzeugt. Eine nicht lebensnotwendige Art von Gütern wird in ungeeigneter Menge erzeugt. Selbst im großen nationalen Notfall, wie der letzte Krieg, besaß das Volk nicht die Mittel, die notwendigsten Güter für den Krieg zu beschaffen. Die Nation war der Gnade der Profitmacher ausgeliefert, bis dann die Verzweiflung ein sehr rohes und unvollständiges System der Kontrolle schuf, damit die Soldaten und Bürger wenigstens mit Nahrungsmitteln und Munition versorgt werden konnten.

Wir können nicht ohne Kapital auskommen; wir können aber sehr wohl ohne Kapitalisten auskommen. Wenn man sagt, daß Kapital Gemeinbesitz werden soll, so ist damit nicht gesagt, daß das Kapital abgeschafft werden soll. Unter dem heutigen kapitalistischen System blühen Luxusgewerbe, obwohl uns gepredigt wird, daß wir uns in einer schweren Notlage befinden. Die großen für das Leben wichtigen Industrien vegetieren, während das Geld für verrückte und kostspielige Narreteien verwendet wird. Das Volk kann seine Fabriken und Werkstätten nicht in den Dienst des Gemeinwohls stellen; es kann seine in Not befindlichen Bürger nicht geziemt ernähren, kleiden und schulen, weil es nicht die Produktionsmittel dazu besitzt und weil es seinen Reichtum und sein Geldwesen nicht beherrscht; das Geldwesen, das die Verteilung des Reichtums und den Warenaustausch ermöglicht. Kapital im öffentlichen Besitz bereichert, aber Kapital im Privatbesitz versklavt. Die Nation, die nicht die Mittel besitzt, um leben zu können, ist selber in Sklaverei. **Minie Pallister.**

## Kirschkernker

Für das Einlegen von Kirschen und das Zubereiten der Früchte zum Kirschkuchen ist ein Kirschkernker, den wir hier in einer neuen, verbesserten Form zeigen, ein sehr schätzenswertes Hilfsmittel. Mit diesem Apparat kann man große und kleine Kirschen tadellos entkernen und natürlich auch bedeutend schneller damit arbeiten, als mit einer Drahtschlinge oder durch umständliches Aufschneiden der einzelnen Früchte mit dem Messer. Der Preis des Apparates beträgt etwa 0,75 M. Auch Pflaumentkerner, die mit einem Handgriff die Frucht entkernen und zerteilen, sind gern gebrauchte Geräte. Käuflich in einschlägigen Geschäften. **Sennwitz.**



## Wohnen in Kultur

Die Baugenossenschaftsbewegung ist in Deutschland von größter Bedeutung für die Entwicklung des Wohnens. Es zeigt sich hier das gleiche, das in der Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck kommt: mit eigener Kraft will das arbeitende Volk die unssoziale Art des Lebens überwinden.

Wie stark gerade im deutschen Volke das Streben nach einem kulturellen Wohnen ist, das zeigen uns die Zahlen, die aus Amerika gemeldet werden. Sie betreffen das Wohnen der Deutschen in Unter-Manhattan.

Manhattan ist das Gebiet, das die Stadtmitte von Newjork bildet. Es ist das am dichtesten bevölkerte Gebiet von Newjork. Es ist zugleich Fabrik-, Hafen- und Wohnstadt. Und in diesem Gebiete des unwürdigsten Wohnens leben von allen deutschen männlichen Arbeitern nur 10,8 vH. Auch von den Engländern, die ja von Hause her an ein Wohnen in gewisser Kultur gewöhnt sind, wohnen nur 12,5 vH in diesem Newjorker Viertel. Dagegen von den männlichen italienischen Arbeitern 61,7 vH und von den männlichen russischen Arbeitern 64 vH. Die deutschen Arbeiter stellen die niedrigste Zahl. Gutes Wohnen ist dem deutschen Arbeiter eine Kulturselbstverständlichkeit, von der er Gebrauch macht, sobald sich ihm aus den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen heraus die Möglichkeit dazu bietet.

Leere Phrasen von Deutschtum zu machen, ist leicht. Es gilt, im Sinne des deutschen Wesens zu handeln und durch soziale Gestaltung dem Deutschen das Kulturbedürfnis zu befriedigen, das er in so starkem Maße hat.

## Mehr Familien-Kameradschaft

In der heutigen schweren Not dürfte wohl die unglücklichste Rolle der proletarischen Hausfrau zugefallen sein. Ob sie nun selbst erwerbstätig ist oder als Gattin und Mutter nur Hausfrauendienste verrichtet, bleibt sich hierbei gleich. Die Hausfrau ist eben die Letztverantwortliche im Haushalt. Sie muß den Unterhalt der Familie organisieren und zusehen, wie sie das mit dem zur Verfügung stehenden Einkommen zu bewerkstelligen vermag. Und wenn nun durch die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie den ständigen Abbau der Löhne sich das Einkommen stark vermindert, dann ist es die Hausfrau, die davon am schwersten getroffen wird.

Es gibt eine große Anzahl von Männern, die für diese Tatsache viel zu wenig Verständnis aufbringen. Dadurch wird die Lage der Hausfrau in der Krise noch weiter verschlimmert. Den Unmut über seine Lage, die ihm die Krise auferlegte, will der Mann irgendwo auslassen. Dafür erscheint ihm oft die Frau sehr willkommen. Er ist unzufrieden und schimpft über das magere Essen, schlechte Kleider und über den Verfall der Wohnungseinrichtung, und weiß nicht einmal, wie daraus die Hausfrau für sich einen Vorwurf herausfühlt. Oft versucht sie dem zu begegnen dadurch, daß sie an sich selber noch mehr einzuschränken sucht, um es der Familie, besonders dem Mann, zugute kommen zu lassen. Hier liegt die tiefste Ursache dafür, daß in den proletarischen Familien sehr oft gerade die Hausfrau ein besonders verhärmtes Aussehen zeigt.

Wir richten deshalb besonders an unsere Kollegen die dringende Bitte, gerade in dieser schweren Zeit ihren wie überhaupt allen Frauen gegenüber ein wirklich guter Kamerad zu sein. Gerade in so schweren Zeiten muß sich der organisierte Arbeiter doppelt aufrichtig und ehrlich zu der alten proletarischen Forderung auf Gleichstellung der Frau mit dem Mann bekennen. Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, daß Gleichstellung in erster Linie Gleichachtung bedeutet. Hier muß in der eigenen Familie der Anfang gemacht werden. Wo der Mann der Frau Gleichachtung zollt und sie entsprechend behandelt, da ist die Gleichberechtigung ganz von selbst gegeben. Wie oft aber glaubt der Mann, sowohl seiner Familie und Frau, als auch gegenüber der Öffentlichkeit zu zeigen, daß er der „Hausherr“ ist.

Ein organisierter Arbeiter sollte sich vor solchem Tun hüten und damit gerade der Frau beweisen, was Klassenschulung

eigentlich ist. Das Solidaritätsbewußtsein, das er seinem Berufskollegen gegenüber bezeugt, muß er der Frau gegenüber durch seine Lebenspraxis als etwas Großes erscheinen lassen. Damit erst erwächst auch der Frau das große Verständnis für den Organisationsgedanken, das in dieser schweren Zeit doppelt notwendig ist, wenn die Organisationen nicht allzu stark geschwächt werden sollen. Der Mann weiß, daß der Klassenkampf nicht immer sichtbare Erfolge zu zeitigen vermag und manchmal sehr große Opfer fordert. Der Frau ist das weniger bewußt, weshalb sie in solchen opferreichen Zeiten auch viel leichter organisationsmüde wird und den Beitrag als überflüssige Ausgabe empfindet. Hier gilt es also, ihr auch den ideellen Wert eines organisierten Zusammenstehens in Not und Trübsal bewußt zu machen. Wo keine gute Kameradschaft herrscht zwischen Mann und Frau, ist das aber nicht möglich. Deshalb nochmals: Seid gerade jetzt, in der Stunde der Not und Drangsal, euren Frauen ein guter Weggenosse und Lebenskamerad. Sie haben den schwersten Teil in dieser Zeit zu tragen und verdienen nicht nur Verständnis, sondern geradezu Hochachtung.

Nur wer dieser Forderung entspricht, kann damit rechnen, auch noch in den Krisen der Unorganisierten trotz Krise Erfolge für seine Organisation zu erzielen. Denn gerade die Frauen sind es ja, die das schwerste Hemmnis bei der Werbearbeit bilden. Wer dann durch sich selbst, durch sein eigenes Beispiel aber beweisen kann, daß der Organisierte ein wirklich ganzer Kerl ist, der nicht nur Solidarität mit seinen Kollegen übt, sondern auch wahre Lebenssolidarität mit seiner täglichen Umwelt, in seiner Familie, der wird immer schon ein großes Stück Sympathie im voraus für sich und seine Sache haben.

Leider ist es so, daß zerrüttete Verhältnisse zwischen Mann und Frau oft von andern nur zum Gegenstand von Witz und Zote gemacht werden, besonders wenn der betreffende Mann mit anderen Männern zusammen ist. Hier muß der Organisierte den Ernst bewahren und versuchen, seinen Geschlechtsgenossen für ein wahrhaft kameradschaftliches Zusammenwirken mit seiner Frau zu bewegen. Wenn die Frauen einmal merken würden, daß Organisationsgeist auch für sie solch guten Kameradschaftsgeist zeugen könnte, dann würden gerade sie, die heute noch für uns zum Teil ein großes Hindernis bedeuten, zu unseren besten Förderern werden. **E l s e B i e h l.**

# Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

## Der Schinder

„Schtilge — schtann!“

Es ist einhalb fünf Uhr morgens. Wir stehen an einem dämmergrauen Junimorgen 1917 auf dem Kasernenhof der Berliner Garnison, die fünfte Kompanie eines Garderegiments, eine graue Mauer achtzehnjähriger Leiber. Ein Gewehrkolben klappert nach, dann stehen wir lautlos, die Augen geradeaus ins Leere gerichtet.

Grau sinkt die Kasernenhofmauer vor uns in den grauen Sandboden. Kein Grün heitert die schlaftrunkenen Augen auf. Nur dünne schwarze Schießscheibenringe sind auf die schmutzige Mauer gemalt.

Armselige, magere, graue Spatzen picken im Sande. Sie werden nicht viel finden.

Ich schwanke noch und bohre meinen Blick in den dicken, schwarzen Punkt einer der Schießscheiben. Er wird größer und größer, zuletzt ist alles vor mir nur ein ungeheures, schwarzes, gähnendes Loch.

„Adolf“ kommt die steinerne Treppe herunter auf den Hof, ein Meter neunzig lang, beängstigend breit, ein Koloß, wenn er bei unseren schwächlichen Körpern des Jahrgangs 99 steht. Jeder sieht ihn erst, wenn er an ihm vorbeigeht; aber der letzte Mann am äußersten Flügel fühlt ihn schon körperlich, wenn das Kommando des „Spießes“ ertönt und die Kompanie gemeldet wird.

„Adolf“ ist unser Kompanieführer, Feldwebelleutnant Schwarzbach, ein aktiver Soldat, ehemaliger Unteroffizier der Schloßwache. Wir nennen ihn kurz den „Schinder“.

„Mei'n“, quillt es fettig aus seinem Mund. Die Kompanie ist eine einzige Stimme, eine einzige Antwort: „Guten Morgen, Herr Leutnant!“ Es klappert, wir haben es „geübt“ immer und immer wieder an jedem Morgen der vier Wochen, in denen wir Soldaten des Weltkrieges sind, — wir haben es „geübt“, bis wir fast heiser waren.

„Adolf“ steht jetzt vor der Kompanie. Sein breites Bulldoggengesicht ist eine lächelnde Fratze. Aber sein Lächeln ist das eines Teufels. Wir fürchten es, wir fürchten alles an dem „Schinder“, er ist uns wie ein Sendbote der Hölle und des Todes. Was hat er wieder Neues erdacht seit gestern, Neues, um uns „zu Soldaten zu machen“, wie er sagt.

Kurz vor ihm zuckt der Spieß zusammen und erstattet Meldung. „Adolf“ lächelt noch breiter. Mein Korporalschaftsführer Preuß, der Berliner Volksschullehrer, jetzt Unteroffizier der dritten Korporalschaft, ein guter Kerl, den wir alle lieben wie einen großen Bruder, nestelt nervös mit der rechten Hand an der Hosennaht. „Adolf“ kann ihn nicht leiden, immer findet er an seinen Leuten etwas auszusetzen, obwohl wir, schon um unseren Korporalschaftsführer zu schützen, unsere Sachen peinlich in Schuß halten.

„Zack!“ machen die Absätze des Spießes. Er hat gemeldet und rollt wie eine graue Wollkugel in seine Schreibstube zurück. Wir stehen schon einige Minuten. Die Finger der Rechten liegen wie angeklebt am Gewehr. Der grausam gestörte Schlaf des jungen Blutes kreist durch die Adern. Diese Minuten sind kritisch: „Adolf“ sieht alles. Wehe, wenn sich ein Finger lockert, jemand scharrt oder mit dem Kopf wackelt.

„Ihr sollt erst mal das Stehen lernen!“, hatte er am ersten Tage gesagt und uns beim kleinsten Fehler gejagt, bis uns „das Wasser im Hintern kochte“.

Wir stehen. Er ist ärgerlich, denn heute findet er nichts. Aber er läßt uns nicht erst rühren.

„Abzählen zu Vieren!“

„Eins, zwei, drei, vier — eins, zwei, drei, vier...“

Kurz hallt es von der Kasernenhofmauer zurück. Hohe, helle Stimmen, dazwischen tiefe, rauhe. Ich kenne alle Stimmen, sie sind in mich eingegangen, als wären es meine; denn wir sind eins: die fünfte Kompanie.

„Das Gewehr über!“

Ein einziger Ruck, ein Krachen.

„In Grrruppen — — rechts — — schwenkt — marsch! Halt! Kompaniii — — marrischl — —“

Geklapper, Aufatmen. Einer hustelt. Die Kompanie marschiert durch das weitoffene Tor, mit „Adolf“ an der Spitze, an der Seite die Unteroffiziere.

„Gruppenkolonne!“

Die Gewehre sind angezogen, ängstlich mustert Preuß Richtung, Fühlung, Vordermann. Jeden Augenblick kann „Adolf“ da sein und ihn herunterputzen wie einen Schuljungen.

„Links, . . . links . . . ks . . . ks . . . ks.“ flüstert er an meiner Seite. Die Straße liegt wie in tiefem Schlaf. Dampf hält der monotone Marschschritt und hüllt unser Denken ein. Eine alte Frau steht in der Haustür und nimmt unsere „Parade“ ab. Sie wackelt beständig mit dem verwitterten Kopf, daß spärliche weiße Haarsträhnen über ihre Stirn flattern.

Die alte Frau ist fürwahr kein gutes Vorzeichen für die kommenden Stunden. Es ist etwas neblig. Wenn wir auf dem „Schleifstein“, dem Übungsgelände sind, wird die Sonne aufgehen und der Höllentanz kann beginnen.

Meine Schultern sind schmal und die Knochen schauen heraus. Wir marschieren erst zehn Minuten, — aber die Tornisterriemen schnüren schon wie Messer, und das Gewehr drückt wie ein großes Kreuz, das ich nach meiner eigenen Richtstätte trage. Heute müssen wir zuerst mit zehn Pfund Sand im Tornister exerzieren.

Langsam sinkt das Gewehr meines Vordermannes, des blason Langer, zurück. Seine Halsbinde ist ihm hochgerutscht, denn sein Hals ist so dünn, daß sich keine Binde bei ihm hält. Er hat schon unzählige Male nachexerzieren müssen, zweimal allein wegen der hochgerutschten Binde. Langer ist, wie ich Hamburger. Ich fühle mich ihm auf Not und Tod verbunden und achte auf ihn und schütze ihn nach Möglichkeit, denn ich bin etwas kräftiger, und ich glaube, er hat die Schwindsucht.

Ich sehe ihn schon wieder „Hinlegen! — Auf!“ im Sand des Kasernenhofes machen, so um die Mittagzeit bei 25 Grad Hitze; denn diese Junitage sind sehr heiß.

Unteroffizier Preuß sieht nur „Richtung, Fühlung, Vordermann seiner Korporalschaft, ich darf keine Sekunde die fehlenden Zentimeter vorlaufen und Langer wecken.“

Aber es ist immer noch nicht Marschordnung befohlen. Langer, armer Langer, wenn jetzt „Adolf“ kommt, der eigenartigerweise immer noch an der Spitze marschiert.

Es muß etwas geschehen. Unteroffizier Preuß neben mir sieht gerade wieder die Richtung nach. Ich wage es, wenn auch das Sprechen verboten ist, er ist doch ein guter Kerl.

„Herr Unteroffizier“, flüsterte ich, „Langer läßt gleich seine Knarre fallen.“

Es ist schon zu spät. „Adolf“ steht links am Straßenrand. Er hat eine Hand in die Seite gestemmt und scheint jeden einzelnen in den vorbeimarschierenden Gliedern mit seinen Blicken zu durchbohren. Jetzt sind wir bald mit ihm in gleicher Höhe.

„Parademarsch!“ Brutal hallt das Wort von den Häusermauern wider. Ein Hund jagt erschreckt durch eine Lücke der Kompanie. Ach, wenn man doch so ein Hund sein und frei herumlaufen könnte!

„Klapp — tarapp — tarapp — trapp — trapp — trapp!“ Wir wissen, was es bedeutet. Es ist „Adolfs“ Steckknappferd.

„Die Augen — — links!“ Seine Stimme schnappt über.

Langer erwacht. Sein magerer Körper zuckt zusammen, als der Schinder plötzlich neben ihm geht. Er zieht sein Gewehr an und fällt links aus dem Glied heraus schallend auf die Straßenecke. „Adolf“ hat ihm ein Bein gestellt, ich habe es genau gesehen. Es ist eine seiner Gemeinheiten, wir kennen das schon und nehmen uns höllisch vor seinen langen Beinen in acht.

Hart fliegt Langers Gewehr in den Rinnstein, daß einige Funken stieben. Mühsam erhebt er sich, humpelt ihm nach und springt verstört und weiß wie eine Kalkwand ins Glied zurück.

(Wird fortgesetzt.)



# Verbandsleben



## Die Arbeitslosen und die Bürokratie

### „Sie haben ja Zeit!“ — Begrüßung abgeschafft!

Sicher haben sich schon viele Arbeitslose über die ihnen von antiker Seite zur Gewährung ihrer Unterstützung auferlegte Tätigkeit allerhand Gedanken gemacht. Da ist vor allem die tägliche Stempelkontrolle, deren Notwendigkeit bei dem Riesenheer der Erwerbslosen stark in Zweifel gezogen werden darf. Diese Kontrolle hatte ursprünglich doch nur den Zweck, den Arbeitslosen, für den sich eine Arbeitsstelle bot, möglichst rasch hiervon zu verständigen. Bekanntlich ist aber die Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter gegenwärtig derart gering — zumal ein Benutzungszwang für die Unternehmer gesetzlich immer noch nicht erreicht wurde —, daß diese früher berechnete Erwägung heute vollkommen ausscheidet.

Auch der weitere Grund, den „Stempelbruder“ durch den oft weiten Weg zur Stempelstelle von der Schwarzarbeit abzuhalten, ist heute nicht mehr stichhaltig. Denn erstens hat fast kein Mensch mehr Geld für solche Arbeiten, und zweitens würde auch die Stempelkontrolle die Schwarzarbeit nicht verhindern. Wenn schon eine Kontrolle der Erwerbslosen von Amts wegen für unumgänglich erachtet wird, so wäre es wohl zweckmäßiger, durch Ermittler ab und zu in der Wohnung des Arbeitslosen Nachschau zu halten. Und sollte sich tatsächlich einmal der seltene Fall ereignen, daß eine Möglichkeit von Arbeitszuweisung besteht, so könnte der Betreffende vom Amt durch einen Boten, wenn er telefonisch nicht zu erreichen ist, rasch benachrichtigt werden.

Daß aber bei den amtlichen Stellen der Gedanke vorherrscht, dem Erwerbslosen möglichst viel Lauferei zu verschaffen, kann wohl nicht bestritten werden. Ich bin zum Beispiel vormittags bei der Stempelkontrolle. Wegen einer Krankenkassenangelegenheit muß ich im gleichen Haus zur Versicherungsabteilung. Da nur vormittags gestempelt wird, so sollte man es doch für selbstverständlich halten, daß die Sachbearbeiter ebenfalls vormittags zu sprechen sind. Weit gefehlt: Sprechstunden nur nachmittags! leuchtet mir ein Plakat an der Tür entgegen. Ich muß nachmittags noch einmal den Weg von 8 Kilometer machen — Abgabe einer Bescheinigung.

Ein Antrag unserer sozialdemokratischen Rathausfraktion auf Einführung eines 10-Pf.-Fahrscheins auf allen Strecken der städtischen Straßenbahn scheiterte an dem Einspruch des Oberbürgermeisters. Anscheinend ist es besser, die Stempelbrüder behalten den Groschen und die Straßenbahnwagen laufen leer.

Allgemach haben sich schon die meisten Erwerbslosen damit abgefunden, daß sie sich beim Stempeln oder bei Auszahlung der Unterstützung in einer endlosen Schlange einreihen müssen. Ob es nun gerade passend ist, wenn dem Arbeitslosen, der nach stundenlangem Warten auf eine raschere Abfertigung drängt, von einem Beamten entgegengehalten wird: „Sie haben doch Zeit — Sie versäumen ja nichts!“, darf wohl bezweifelt werden.

Es soll hier auch anerkannt werden, daß den Beamten und Angestellten der Arbeitsämter infolge chronischen Personalmangels bei ihrer Arbeitsleistung nichts geschenkt wird. Wie man „höheren Orts“ über die Dinge denkt, das beweist wohl am besten das von der Reichsregierung angeforderte Gutachten des Reichssparkommissars über die Berliner Arbeitsämter. Danach sind dem Herrn Sparkommissar die einzelnen Unterstützungsstellen zu klein. Sie sollen so organisiert sein, daß je bis zu 5000 Arbeitslose dort abgefertigt werden können, ohne Rücksicht darauf, daß damit die Anmarschwege sich noch mehr verlängern. Damit auch die nötige Distanz gehalten werde und weil Zeit Geld ist — allerdings nicht beim Erwerbslosen —, so verfügte Herr Saemisch auch den Abbau der Höflichkeit bei dem Personal der Arbeitsämter, weil das Begrüßen und Verabschieden der Arbeitslosen bei der Zahl der täglichen Wiederholungen in Zehntausenden von Fällen Zeitverlust bedeutet. Selbst die Frankfurter Zeitung hält diese Vorschläge „von phantastischer Verstandtheit“.

Wer glücklich bei der letzten Phase der Arbeitslosenbetreuung, dem Wohlfahrtsamt, gelandet ist, sammelt hier noch besondere Erfahrungen. Hier, wo Männlein und Weiblein einträchtig meist stundenlang vor Türen warten müssen, kommt einem so recht zum Bewußtsein, daß mit der Zeit und der Geduld der Unterstützungsempfänger tatsächlich Schindluder getrieben wird.

Man scheint vielfach noch nicht erkannt zu haben, wie gefährlich gerade das lange Warten vor geschlossenen Türen sich psychologisch anwirkt. Die aufreizenden Reden, die hier von radikalen Elementen fast stets geführt werden, sind oft so recht geeignet, Öl ins Feuer zu gießen. Denn die Gemüter der Hilfsbedürftigen, durch das zermürbende Warten erst recht verhärtet und verärgert, sind ein äußerst empfänglicher Nährboden für demagogische Propaganda. Seien wir ehrlich — nicht alle Unterstützungsempfänger sind Engel. Wiederholt habe ich schon zugehört, wie einer der Wartenden sich damit häuserte, einen Beamten „mal übergezogen“ zu haben. Da Druck bekanntlich Gegendruck erzeugt, so muß leider der Anständige unter solchen bedauerlichen Umständen mitgehen. Deshalb muß zur Vermeidung solcher Gefühlsausbrüche immer wieder allergrößte Sorgfalt bei Auswahl des Schlichterpersonals gefordert werden. Oft richtet ein ungezügelter Angestellter mit Tausenden von Arbeitslosen mehr Schaden an, als zehn gediegene wieder gutmachen können.

Auch beim Fürsorgeamt lautet die Parole, den Unterstützungsmöglichkeiten möglichst viel Bewegung zu verschaffen. Denn wie will man es sonst begründen, wenn sich wegen Unterstützungsbescheide und Stempelkontrolle stets zu vier Amtsstellen in drei Stadtteilen laufen muß? Ist es nicht ein Unfug, daß ich nur wegen Ausbesserung einer neuen Stempelpartei drei Stunden benötige? Ohne weiteres könnte diese Karte bei Auszahlung der Unterstützung oder beim Stempel abgegeben werden, zumal lediglich zwei Stempel aufzudrücken sind.

Durch die Presse ging kürzlich die Nachricht, daß der Oberbürgermeister einer Großstadt sich als moderner Herrscher ansah und merkte unter die wartenden Fürsorgeempfänger geschickt habe, um die Beschwerden über die Geschäftsführung seines Personals zu prüfen. Der Eindruck, den das Stadtrats-

haupt von der schmählichen Behandlung der Hilfsbedürftigen erhielt, war dann auch derart stark, daß er mit durchgreifenden Maßnahmen für sofortige Abhilfe sorgte.

Möchte dieses Beispiel in jeder Stadt Nachahmung finden und allen Instanzen, namentlich den höheren, die mit der Arbeitslosenbetreuung betraut sind, zum Bewußtsein bringen, daß der Erwerbslose mit Fug und Recht eine Behandlung erwarten darf, wie sie allen unverschuldet in Not geratenen Menschen zusteht, denn der Arbeitslose ist auch ein Mensch — sozusagen. H. W.

## Ein nobler Krauter

In dem Hamburger Stadtteil Eilbeck betreibt eine Firma Runge den Bau wissenschaftlicher Waagen. Das ist nun weiter nichts Besonderes, etwas Besonderes ist aber, daß der Firmeninhaber auch den Wiederaufbau unserer Wirtschaft betreibt. Das ist gewiß der Achtung aller guten Bürger wert. Der Herr bringt sogar Schwung in die Sache. Mit einem Aufruf wendet er sich an die Menschheit ob und unter der Elbe. Der Aufruf ist nicht von Pappe. Man lese:

„Achtung! Millionen gehen verloren durch Nachlässigkeit, wenn Angestellte nur für den Chef arbeiten und nicht daran denken, daß ihre Arbeit ihr Brot sei. Können Sie leben, wenn Sie kein Brot haben? Darum sparen Sie für Ihre Firma und arbeiten intensiv. Dann kommen Sie vorwärts und Ihre Firma bleibt gesund. Benutzen Sie nie für private Zwecke, was Ihrer Firma gehört. Seien Sie in kleinen Dingen gewissenhaft, damit Sie Großes erreichen!

„Treue um Treue.“ Ihre Firma gibt Ihnen Arbeit und Brot, schenken Sie ihr die ganze Kraft. Draußen warten Hunderttausende, Sie zu ersetzen. Deren Arbeit will die Firma nicht. Darum seien Sie dankbar und treu und leisten ganze Arbeit.“

Der Herr wird, wie Figura zeigt, nicht bloß von der Wirtschaftsankurbel bewegt, sondern er zeigt außerdem eine edle soziale Gesinnung: Er nennt seine Arbeiter nicht Arbeiter, sondern Angestellte. Der Herr konnte nicht einmal vertragen, daß der Demobilisierungskommissar in einer Entscheidung Feinmechaniker mit Arbeiter bezeichnete. Der Herr empörte sich über die Bezeichnung, weil sie ihm zu niedrig schien, noch mehr aber empörte er sich über den vom Demobilisierungskommissar festgesetzten Lohn, der dem Herrn zu hoch schien. Erst der DMV mußte darauf drängen, daß die Firma den Feinmechanikern, also ihren Angestellten zahle, was Rechtens war. Daß seine so artig behandelten Angestellten gar streikten, das konnte die noble Seele nicht fassen. Offenbar meinte sie, für eine so nette Titulierung müßten sie ihr einen Teil vom Lohne schenken.

## Betriebsratspflichten gehen über gewerkschaftsfeindliche Einstellung

In einem Betrieb war eine Vereinbarung über die Durchführung des Gedingeverfahrens getroffen worden; die Stückzeiten für die Gedinge sollten auf Grund von Zeitaufnahmen ermittelt werden, bei denen ein fachkundiges Mitglied der Betriebsvertretung oder ein von der Betriebsvertretung benannter fachkundiger Vertrauensmann mitwirken sollte. Für die Mitwirkung bei den Zeitaufnahmen für eine bestimmte Gruppe von Arbeiten bestimmte der Betriebsrat die Betriebsratsmitglieder G. und K., die beide der Revolutionären Gewerkschafts-Opportunisten angehören. Beide verweigerten, entsprechend den Grundsätzen ihrer Organisation, die Mitwirkung. Auf einer daraufhin einberufenen Betriebsversammlung wurde ein Protest angenommen, der den Betriebsrat aufforderte, die betreffenden Mitglieder zur Niederlegung ihres Amtes zu veranlassen oder gegen sie wegen gröblicher Pflichtverletzung nach § 43 der Betriebsratsverordnung vorzugehen. Da die Betriebsratsmitglieder G. und K. die Amtsniederlegung verweigerten, stellte der betreffende Teil der Arbeiterschaft beim Arbeitsgericht den Antrag, beide Mitglieder gemäß § 39 BRG wegen gröblicher Pflichtverletzung ihres Amtes zu entheben. Diesem Antrage wurde vom Arbeitsgericht und — auf die Beschwerde der Betroffenen — auch vom Reichs-Arbeitsgericht stattgegeben. Aus den Entscheidungsgründen des Reichs-Arbeitsgerichts ist folgendes belangvoll: Die Resolution ist nicht nur als Mißtrauensvotum anzusehen, sondern bringt deutlich das Verlangen nach Amtsentsetzung zum Ausdruck, falls die Betriebsratsmitglieder G. und K. bei ihrer Weigerung bleiben sollten. Gleichgültig ist, ob die Resolution schon in der Betriebsversammlung von mindestens einem Viertel der wahlberechtigten Arbeiter angenommen worden ist, denn jedenfalls ist dies nachträglich geschehen. § 78 Ziff. 2 BRG legt dem Betriebsrat die Pflicht auf, bei der Lohnregelung (falls diese nicht tariflich geschehen ist) und namentlich bei der Festsetzung der Akkord- und Stücklohnsätze oder deren Grundlagen im Benehmen mit den beteiligten Arbeitnehmervereinigungen mitzuwirken. Dazu gehört auch die Mitwirkung bei den Zeitaufnahmen, die als Unterlage für die Festsetzung der Gedingestückzeiten dienen sollen, eine Mitwirkung, die vorliegend außerdem noch ausdrücklich vereinbart war. Dem Meinheitsbeschluss des Betriebsrates waren die Mitglieder G. und K. mit dieser Mitwirkung beauftragt worden. Danach hatten sie nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, ein Insbrennensetzen mit den beteiligten Arbeitnehmergewerkschaften zu verlangen, darüber aber wegen ihrer Zugehörigkeit zur RGO, die das Gedingeverfahren und die Mitwirkung bei Zeitaufnahmen grundsätzlich ablehnt, die Mitwirkung nicht zu verweigern, wenn sie sich nicht in Widerspruch mit ihren gesetzlichen Betriebsratspflichten setzen wollten. Glaubten sie ihre Mitwirkung wegen ihrer gewerkschaftsfeindlichen Einstellung nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren zu können, so blieb ihnen nur der Weg für Betriebsratsamt niederzulegen. Solange sie das Amt beibehielten, waren sie gesetzlich zur Mitwirkung verpflichtet. Die Verweigerung der Mitwirkung stellt sich mit Rücksicht auf die mehrfache Aufforderung auch als eine gröbliche Pflichtverletzung dar. (RAG B92/31. — 23. Dezember 1931.)

## Die Metallarbeiter-Zeitung

gründlich lesen, dann weitergeben an Unorganisierte und Gleichgültige. Werbt mit eurer Zeitung für eure Sache!

## Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin  
Sprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 27. März, ist der 14. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. März bis 2. April 1932 fällig.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

## Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit † bezeichneten Verwaltungsteilen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenken besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenken durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“, ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

## Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten!

Nach Rotterdam, Schiffswerft und Maschinenfabrik P. Smit Jr. (Streik).

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

## Der Vorstandsvorsitz

## Verbandsanzeigen

Konstanz; Körlin i. Pr. Lokalgeschenk wird nicht mehr bezahlt.

## Richard Everling 60 Jahre

Am 27. März begeht Kollege Everling, unser Geschäftsführer in Oberstein, seinen 60. Geburtstag. Er hat den Weg zur Organisation schon im Jahre 1893 gefunden. Nachdem er in verschiedenen Weserorten ehrenamtlich im Verband tätig war, wurde er 1905 in Vegesack als Geschäftsführer angestellt. Er ist somit nicht nur alt an Jahren, sondern auch alt in der Gewerkschaftsbewegung. Seit 1911 ist er in Oberstein unser Geschäftsführer und gleichzeitig Ortskartellvorsitzender, Stadtverordneter, Landesarbeitsrichter, Konsumleiter und noch in einigen Spruchkammern tätig. Man möchte sagen, es ist des Guten zuviel, was ihm als einzigem Gewerkschaftsangehörigen aufgebürdet wird. Wir kennen Everling als einen entgegenkommenden Menschen, der jedem hilfsbereit zur Seite steht und sich deshalb auch der größten Sympathie der Arbeiterschaft erfreut. Wir gratulieren ihm recht herzlich zu seinem Geburtstag.

## Wilhelm Thomas Jubilar

Früher, als Wilhelm Thomas noch Bevollmächtigter unserer Ortsverwaltung in Mainz war, stand er weit vorne in unserer Verbandsöffentlichkeit. Darin trat in dem Maße eine Änderung ein, als er sich mehr der Leitung des dortigen Ortsausschusses des ADGB widmen mußte. In dieses Amt wurde er am 22. März 1907, also vor einem Vierteljahrhundert, berufen. Somit feiert Thomas jetzt sein 25jähriges Jubiläum. Während der Besatzungszeit hatte er die Leitung der Abwehrstelle separatistischer Bestrebungen. In dieser Tätigkeit war er besonders scharfen Maßnahmen der Besatzungsbehörde ausgesetzt. Im Jahre 1923 wurde er denn auch wegen seiner Bekämpfung der Separatisten als Geißel verhaftet. Außer seiner Tätigkeit im Ortsausschuß gehört Thomas dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Mainzer Stadtrat an. Doch zu was alle seine Ämter und Tätigkeiten anführen. Möge es genügen, zu sagen, daß unser alter Verbandskollege immer sein bestes für die gesamte Arbeiterschaft hergegeben hat. Das danken wir ihm an seinem Jubiläumstage und wünschen ihm, daß er darin noch lange fortfahren möge.

## SCHRIFTENSCHAU

Otto Braun. Von Erich Kuttner. Ein Band aus der Biographieserie „Männer und Mächte“. Mit 15 Abbildungen. Verlag R. Kittler, Leipzig. Es soll kein Personenkultus getrieben werden. Wir sollen aber den Mut haben, für die Besten, die für das Arbeitervolk wirken und aus dem Arbeiterstande kommen, eine Anerkennung zu finden. Kuttner ist ein Schriftsteller, der es fertig bringt, den sachlichen, kühlen Otto Braun den Massen näherzubringen. Es werden Tatsachen und knappe Auszüge aus dem Parlamentsleben des langjährigen Preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun gebracht. Aus dem Leben und Wirken dieses Mannes kann die gesamte Arbeiterbewegung Nutzen ziehen.

Sowjet-Deutschland. Von Dr. Peter Garwy. Nicht Sowjet-Deutschland, sondern sozialistischer Volksstaat. Preis 10 Pf. Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Garwy beleuchtet die Wirklichkeit des sowjetrussischen Verfassungs- und Wirtschaftslebens. Seine Untersuchungen sind erschütternd. Er kommt zum Ergebnis, daß der in Rußland erzielte Lohn dem russischen Arbeiter vielfach nur einen geringeren Lebensstandard ermöglicht, als ihn der deutsche Arbeiter bei der Arbeitslosenunterstützung erreicht. Garwy gibt die Parole: Durch Demokratie zum sozialistischen Volksstaat.

Der Staat als Unternehmer. Von Dr. Hans Staudinger. Band 6 der von Ministerialrat Goslar und Dr. Hirschfeld herausgegebenen Schriftenreihe „Du und der Staat“. Preis 1,25 M. Verlag Gerlach & Sohn GmbH, Berlin W 35. Das Buch behandelt die Entwicklung und den Werdegang der staatlichen Unternehmung, ihren gegenwärtigen Stand in den einzelnen Wirtschaftszweigen und die Stellung und Aufgaben der öffentlichen Unternehmung in der deutschen Wirtschaft der Gegenwart. Dieses Buch gibt sehr zuverlässig und sachkundig Auskunft über die öffentliche Wirtschaft.

Die Scholle. Blatt des Verbandes deutscher Siedler und Kleinbauern. Erscheint monatlich zweimal. Preis vierteljährlich 90 Pf. zuzüglich 30 Pf. Porto. Verlag Verband deutscher Siedler und Kleinbauern, Berlin SW 48, Euckestraße 6.

Noch einmal:

# Das untaugliche Schwundgeld

Eine Antwort an viele / Von Dr. A. Halasi

In Nr. 4 der MZ brachten wir einen Aufsatz über das untaugliche Schwundgeld. Er hat uns, wie vorzusehen war, viele Zuschriften eingebracht. Die meisten treten lebhaft für das Schwundgeld ein. Wir haben dem Verfasser des Aufsatzes die wesentlichsten der Zuschriften übermittelt mit der Bitte, sich dazu ganz sachlich zu äußern. Er tut das im folgenden. Wir selbst möchten, ohne uns in den Streit: Schwundgeld oder nicht? einzumischen, sagen, daß auch wir unser heutiges Geldwesen keineswegs als der Weisheit letzten Schluß betrachten. Wir glauben vielmehr, daß im Verlaufe der ungeheuren und vielgestaltigen Umwälzung, an deren Anfang wir erst stehen, unser Geldwesen ebenfalls einer gründlichen Umwälzung unterworfen sein wird. Welcher Art sie sein wird, läßt sich jedoch heute noch nicht mit einiger Bestimmtheit andeuten.

Schriftleitung.

Die Ausführungen, die ich in der MZ unter der Überschrift „Das untaugliche Schwundgeld“ veröffentlichte, fanden bei Anhängern des Freigeldsystems lebhaften Widerspruch. Der leidenschaftliche Ton der meisten dieser Zuschriften quillt aus dem ehrlichen Streben nach Erkenntnis und dem heißen Wunsch, ein Mittel zur Überwindung der fürchterlichen Wirtschaftskrise zu finden. So haben wir allen Grund, diese Zuschriften, von denen einige sich durch beachtenswerten Scharfsinn auszeichnen, ernst zu nehmen und sie sachlich zu prüfen, selbst dort, wo Leidenschaft und Erbitterung die Genossen zu völlig ungerechten Behauptungen und Beschuldigungen führten.

Nun sollen einige Punkte aus den Zuschriften hervorgehoben werden, über die unter den Verfassern der Zuschriften und mir völlige Einmütigkeit herrscht und die überhaupt nicht Gegenstand meiner Kritik bilden. Ich meine die Behauptung, daß für die Arbeiterklasse sowohl die Inflation wie die Deflation außerordentlich nachteilig sind, und daß wir deshalb bestrebt sein müssen, beide zu vermeiden. Die Frage ist nur, ob das möglich ist, und wenn ja, mit welchen Mitteln. Ebenso dürfte Einmütigkeit bestehen über die Bedeutung der Banknotendeckung. Es ist heute schon beinahe zu einem Gemeinplatz geworden, daß die Banknoten einer Golddeckung nicht unbedingt bedürfen (freilich noch weniger einer Deckung mit Waren, wie es in einer Zuschrift irrtümlich heißt), sondern, worauf es bei der Erhaltung des Geldwertes ankommt, ist dessen Knapphaltung, die nicht unbedingt durch die Bindung des Geldes an das Gold, sondern auch mit anderen Mitteln erzwingen werden kann.

Die Verfasser der Zuschriften schwärmen nun für eine Indexwährung, die an die Stelle der Goldwährung treten könnte. Theoretisch wäre eine solche Änderung wohl möglich, und zwar völlig unabhängig von der Freigeldbewegung. Auch deren Gegner könnten sich für eine Indexwährung, bei der die Regelung der Goldmenge sich nach dem jeweiligen Stand der Großhandelspreise richtet, einsetzen. Haben aber die glühenden Anhänger der Indexwährung eine Ahnung über die Schwierigkeiten, die sich bei deren Aufstellung und dauernder Änderung ergeben? Können sie sich nicht vorstellen, daß auch die Indexwährung zum Spielball der Interessen des Finanzkapitals oder denen eines feudalen Agrarkapitalismus gemacht werden kann? Auf der anderen Seite steht die Frage: Würde die Abschaffung der Goldwährung wirklich die Befreiung von der Sklaverei des Kapitals bedeuten, wie die Verfasser der Zuschriften meinen? Wir möchten das mit allem Nachdruck verneinen und zur Stärkung dieser Ansicht nur die u. E. vollkommen zutreffenden Bemerkungen Alfred Brauthals anführen, der in seinem Aufsatz in der Zeitschrift „Die Arbeit“ („Probleme der Währungspolitik“, Oktober 1931) treffend zeigt, daß ein Wirtschaftssystem ohne Goldwährung sich in nichts Wesentlichem von Heutigem unterscheiden würde. Brauthal sagt dort: „Es würde (in einem Geldsystem ohne Gold) genau so krasse Einkommensunterschiede geben wie heute, es würden genau so Kapitalisten und Arbeiter, Ausbeuter und Ausgebeutete, Konjunktur und Krise geben wie heute.“

## Hamsterung und Flucht des Geldes

Und nun zur theoretischen Grundlegung des Freigeldes. In den Zuschriften wird mit großem Nachdruck im Anschluß an die Freigeldlehre der Grundgedanke Silvio Gesells vertreten, das Übel der ungenügenden Entwicklung der Wirtschaftskräfte und das Übel der Krise rührten von der Verteilung her. Darunter verstehen sie aber nicht die Einkommensverteilung, sondern das Tempo der Verteilung der vorhandenen Warenvorräte. Während wir behaupten, die Krise entsteht durch Mißverhältnisse sowohl innerhalb der Produktion, wo die einzelnen Glieder der Volkswirtschaft im kapitalistischen System einander nicht angepaßt sind, wie durch die unrichtigen Proportionen in der Einkommensverteilung infolge der kapitalistischen Ausbeutung, suchen die Anhänger der Freigeldlehre das Übel im Geld, das nicht rasch genug zirkuliert, im Geld, das „streikt“. Wie man das zu verstehen hat, darüber scheinen die Verfasser der Zuschriften allerdings nicht einer Meinung zu sein. Die einen halten an dem Gedanken Silvio Gesells fest, daß für diesen Zustand die Kaufleute die Schuld tragen, die Geld besitzen und dieses Geld zurückhalten können, während die Warenbesitzer ihre Waren (da das Geld nicht verderblich ist, die Waren aber verderblich sind) nicht zurückhalten vermögen. Aus dieser Zurückhaltung entsteht dann die für die Wirtschaftsentwicklung so gefährliche Senkung der Preise, die durch das Freigeld bekämpft werden soll. Diese Theorie, die von der Anarchie der kapitalistischen Produktion, von den Fehlanlagen, vom Zurückbleiben der Löhne hinter der Leistungsfähigkeit der Produktion nichts weiß, lehnten

wir ab, und wir haben keinen Grund, unsere Meinung darüber zu ändern. Um einen Vergleich anzubringen: Wenn unter bestimmten Verhältnissen, wie im Kriege oder wie im Augenblick in Sowjetrußland, die Menschen vor den Läden Schlange stehen, so liegt das im Grunde nicht an mangelnder Organisation des Handels, sondern an der Tatsache, daß nicht genug Waren da sind, die verteilt werden können, weil die Produktion aus irgendwelchen Gründen nicht funktioniert. — In anderen Zuschriften heißt es dagegen, daß durch das Freigeld das Hamstern der Banknoten bei den Verbrauchern verhindert werden soll. Hier also richtet sich das Freigeld nicht gegen den Händler, der zur Abstoßung seines Geldbesitzes gezwungen werden soll, sondern gegen den Konsumenten, der die Banknoten hamstert.

Indessen ist die Hamsterung von Seiten der Konsumenten unter normalen Verhältnissen keine ins Gewicht fallende Tatsache und berührt die Produktion und die Beschäftigung nicht. In der Wirtschaftskrise liegen allerdings große Kapitalien brach, die man in den Produktionsprozeß einschalten müßte. Dazu ist aber die Beseitigung der Krisenursachen erforderlich, und in einer Zeit, wo, wie heute, die kapitalistischen Kräfte versagen, die stärkere Einschaltung des Staates in den Wirtschaftsprozess. Es ist nicht einzusehen, wie das Freigeld das alles ersetzen könnte. Vollends müßte das Freigeld versagen, wo die Hamsterung der Banknoten nicht die Folge der Wirtschaftskrise an sich, sondern der daran anknüpfenden und auch von politischen Gründen mitbestimmten internationalen Kreditkrise ist. Das Vertrauen in die Banken ist verschwunden, was auch im Hamstern der Banknoten seinen Ausdruck findet. Diejenigen, die aus Mißtrauen gegen die Banken selbst auf den Zins verzichten und die Banknoten aufbewahren, die würden vielleicht auch den Verlust in Kauf nehmen, die die fortlaufende Entwertung der Banknoten im System des Freigeldes zur Folge haben würde. Und soweit das nicht zutrifft, soweit statt Hamsterung der Banknoten die Flucht in die Sachwerte erfolgen würde, könnte man auch davon keine günstigen Wirkungen erwarten. Unter bestimmten Ausnahmebedingungen kann zwar die Flucht in die Sachwerte — wie im vergangenen Herbst — eine kleine Belebung der Wirtschaft vorübergehend zur Folge haben. Weit größer sind aber die Gefahren dieses Prozesses, der, wenn er ein bestimmtes Maß überschreitet, verhängnisvoll ist, da er zum Zusammenbruch des Geldwesens führt. Der Pulsschlag der Wirtschaft kann durch die Flucht in die Sachwerte unter bestimmten Bedingungen verstärkt werden, doch besteht die Gefahr, daß diese Pulsschläge bald eine tolle Beschleunigung erfahren und zur Lahmlegung des Wirtschaftskörpers führen.

## Bargeld und Verbrauchergeld

Das Freigeld will die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes bei den Konsumenten beschleunigen und dadurch erreichen, daß dieselbe Geldmenge größere Umsätze abwickelt. Wovon hängt aber die Umlaufgeschwindigkeit des Konsumentengeldes ab? Sie hängt ab von zwei Faktoren: Einmal von den Einnahmephasen. Je häufiger die Termine sind, an welchen Zahlungen an Einkommensbezieher geleistet werden, um so größer ist die Umlaufgeschwindigkeit. Zum zweiten hängt sie ab von dem Tempo der Ausgaben der Konsumenten; je schneller dieses Tempo ist, um so größer die Umlaufgeschwindigkeit. Die Anhänger des Freigeldes kümmern sich um den ersten Posten nicht, sie möchten nur den zweiten Posten, das Tempo der Ausgabenentwicklung der Konsumenten, ändern und hoffen davon auch die Konjunktur günstig zu beeinflussen. Dies ist aber eine eitle Hoffnung. Die Ausgaben der Konsumenten hängen von der Höhe ihrer Einkommen ab. Werden sie beschleunigt, ohne daß die Einkommensverteilung in der Wirtschaft sich ändert, so muß der Beschleunigung der Ausgaben bei den Konsumenten, erzwingen durch das Freigeld, eine Verlangsamung dieser Ausgaben bei den Produzenten (oder Händlern) folgen. Der beschleunigten Umlaufgeschwindigkeit von der einen Seite entspricht dann eine verlangsamte Umlaufgeschwindigkeit auf der anderen. Dieser Zusammenhang ist in der Geldtheorie, insbesondere seit den scharfsinnigen Untersuchungen des bedeutenden sozialistischen Nationalökonom Ludw. Bortkiewicz, geläufig.

Bei der Ablehnung des Freigeldes legten wir das Hauptgewicht darauf, daß im Freigeldsystem der Wertschwund des Geldes sich nur auf das Bargeld (im Sinne des körperlichen Geldes) beziehen würde, nicht aber auch auf den bargeldlosen Verkehr, obwohl der größte Teil der volkswirtschaftlichen Umsätze in der modernen Wirtschaft bargeldlos erfolgt.

Diese Feststellung wird nun von den Verfassern der Zuschriften zu entkräften versucht, und zwar auf drei verschiedene Arten.

Die einen gehen davon aus, das Bargeld sei das Geld der Verbraucher, der bargeldlose Verkehr diene aber der Produktion, eine Behauptung, die im großen und ganzen richtig ist, obwohl freilich auch die Verbraucher einen Teil der Umsätze bargeldlos, die Produktion jedoch einen Teil der Umsätze mit Bargeld abwickeln. Falsch ist jedoch die Folgerung, die aus dieser Tatsache gezogen wird, die Folgerung nämlich, daß es allein auf das Verbrauchergeld ankommt, und falls dieses zur Beschleunigung des Tempos angetrieben wird, diese Beschleunigung zur Ankurbelung der Produktion führen würde. Oben wurde bereits angedeutet, weshalb diese Behauptung falsch ist, weshalb die Beschleunigung des Ausgabentempos der Konsumenten nicht zur Belebung der Produktion führen kann, solange nämlich weder die

inneren Verhältnisse in der Produktion noch die Einkommensgestaltung sich ändern. Dann wird eben das beschleunigt ausgegebene Verbrauchergeld in der Produktionssphäre stocken.

Andere meinen den Unterschied zwischen Bargeld und bargeldlosem Verkehr damit abtun zu können, daß sie sagten, das im bargeldlosen Verkehr entstandene Guthaben selbst — das sogenannte Bankgeld oder Giralgeld — sei eine Forderung auf Bargeld, somit unterseide sie sich nicht von dem wirklichen Bargeld, zumal sie jeden Augenblick in Bargeld umgewandelt werden kann. Auch hier wird von einer richtigen Feststellung eine falsche Schlußfolgerung gezogen. Es ist richtig, daß das Bankgeld eine Forderung auf Bargeld ist und in Bargeld stets umgewandelt werden kann. Wer aber eine Vorstellung von der modernen Kreditwirtschaft hat, der weiß, daß diese Umwandlung des Bankgeldes in Bargeld stets nur zu einem gewissen Bruchteil erfolgt, und daß die ganze bargeldlose Kreditwirtschaft gerade auf der Tatsache beruht, daß Bankguthaben von einem Bankkonto zum anderen wandern, ohne daß sie in vollem Umfang in Bargeld umgewandelt würden.

## Bankgeld — Wertschwund

Die dritte Art des Versuchs, den Hinweis auf den bargeldlosen Verkehr zu entkräften, bestand nun darin, daß einige Einsender sagten: Weshalb soll das Freigeldsystem beschränkt werden allein auf das körperliche Geld? Der bargeldlose Verkehr muß dem Wertschwund ebenso unterworfen werden, wie das Bargeld, und dann fällt der Einwand weg. Dieser Vorschlag scheint zwar vollkommen logisch zu sein, in der Praxis jedoch bestimmt undurchführbar, und zwar sowohl aus banktechnischen wie aus produktionstechnischen Gründen. Aus banktechnischen: Es kann schwer vorgestellt werden, daß der Wert eines jeden Bankguthabens bei jeder Verfügung neu berechnet werden muß, entsprechend der Zeit, während der das Guthaben unausgenützt liegt. Die Aufspaltung der Guthaben in Teile mit verschiedenen Geldwerten wäre eine Aufgabe, die die Bankbeamten in kürzester Zeit ins Irrenhaus bringen müßte. Wäre aber eine solche Lösung banktechnisch noch irgendwie möglich, so könnte sie aus anderen Gründen nicht durchgeführt werden. Es wäre schon schwer denkbar, den Unternehmer, der infolge der Konjunkturverhältnisse und der Einkommensgestaltung auf keinen Absatz rechnen kann, und dessen Guthaben im übrigen die verschiedenste Bestimmung haben, zu zwingen, über sein Guthaben in beschleunigtem Tempo zu verfügen. Noch weniger denkbar ist aber dieser Zwang mit Rücksicht auf die Ersparnisse. Offenbar kann der Wertschwund nicht auch auf Forderungen erstreckt werden, die als Ersparnisse bei den Sparkassen oder Banken usw. für längere Zeit gebunden sind. Würde man aber die Besitzer von Bankgeld durch starken Wertschwund zwingen, aus dem Bankgeld herauszugehen, so würden diese Gelder wahrscheinlich zum Teil umgewandelt in Ersparnisse, die dem Wertschwund nicht unterliegen. Es gehört aber zu den wichtigsten Erkenntnissen der Kredittheorie, daß es zur Krise führen oder die bestehende Krise verschärfen muß, wenn die Ersparnisse größer sind als die Anlagen. In diesem Falle würde nämlich vollkommen das Gegenteil dessen eintreten, was die Anhänger des Freigeldes wünschen. Sie wollen verhindern, daß das Geld unausgenützt liegt, daß das Geld „streikt“. Würden sie jedoch die Kapitalbesitzer dazu zwingen, ihre laufenden Guthaben — das Bankgeld — in Ersparnisse umzuwandeln, dann könnte nur die wesentliche Verlangsamung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes die Folge sein. Die Freigelder würden den so verhängnisvollen Streik des Geldes, der heute als ein großes Übel die Wirtschaft belastet, statt ihn zu beseitigen, noch fördern.

Aus diesen Gründen ist das Schwundgeld mit einem geregelten Kreditverkehr unvereinbar, und seine Einführung könnte eine solche Schrumpfung des Kreditverkehrs zur Folge haben, die auch die Produktion sehr nachteilig beeinflussen müßte. So erweist sich das Freigeld als eine Illusion, die im gegenwärtigen Zeitpunkt der Währungsverwirrung nicht ungefährlich ist. Schade, daß dem so ist. Wir wären glücklich, wenn wir im Freigeld ein taugliches Mittel der Belebung der Wirtschaft entdecken könnten. Es ist nicht das Unverständnis seiner Gegner, das das Freigeld als ein untaugliches Mittel erscheinen läßt. Schmerzlich, aber wahr.

## Des Streichholzkönigs Glück und Ende

Der Streichholzkönig Ivar Kreuger hat sich kürzlich in Paris erschossen. Mit dem 52jährigen ist ein Stern erster Größe am internationalen Finanzhimmel untergegangen. Als junger Mann gründete er eine Baufirma, die später zum Mittelpunkt des großen internationalen Industrie- und Finanzkonzerns wurde. Es gelang Kreuger recht bald, die Zündholzindustrie in Schweden in seinen Besitz zu bekommen. Er kaufte die einzelnen Firmen auf und faßte sie in der Svenaka Tändstick A. B. zu einem Riesenzentrum zusammen. Für die nach Deutschland im Kriege und in der Inflation gelieferten, nicht immer sehr guten Streichhölzer wurden ganze Häuserblocks in deutschen Großstädten erbaut. Somit ist Kreuger schon früh zum Großgrundbesitzer in Deutschland geworden.

Kreuger verbreitete seine Zündhölzer in der ganzen Welt. Zollmauern wurden durch Errichtung eigener Fabriken übersprungen. Ländern, die in Schwierigkeiten gerieten, half er mit Anleihen aus. In der Regel war damit die Übernahme eines Zündholzmonopols verbunden. An 23 Staaten hat Kreuger Anleihen vermittelt und übte in den meisten die Vorherrschaft im Monopol aus. In Deutschland kontrollierte er neben anderen die Deutsche Union-Bank. Die überseeischen Geschäfte des Kreuger-Konzerns wurden von der International Match Corporation wahrgenommen, an der auch die große Chase National Bank, der Petroleumkönig Rockefeller und das befreundete Bankhaus Lee, Higginson & Co. beteiligt waren.

Das Londoner Bankhaus des Kreuger-Konzerns ist die Firma Higginson & Co. In anderen Ländern bestanden ähnliche Verbindungen. Kreuger kontrollierte auch den schwedischen Kugellager-Trust und die Elektrizitäts-Gesellschaft Erikson & Co. Neuerdings hatte Kreuger eine Gesellschaft errichtet zur Ausbeutung der schwedischen Golderze. Daneben waren im Besitz des Konzerns umfangreiche Waldbestände, Papier- und Zellstoffabriken usw. Nun wurde diesem erfolgreichen Leben mit Gewalt ein Ziel gesetzt. Ein Organisator ersten Ranges, der mit einem winzigen Gebrauchsartikel, dem Streichholz, eine Weltmacht aufbauen konnte, mußte seine Segel im Sturm der Weltwirtschaftskrise einziehen.

